Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 15. 05. 2002

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Evelyn Kenzler, Dr. Heinrich Fink, Ulla Jelpke, Sabine Jünger, Heidemarie Lüth, Petra Pau, Roland Claus und der Fraktion der PDS

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 14/8276, 14/9092 -

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (NS-AufhGÄndG)

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

In Artikel 1 Nr. 2 wird in der Nummer 26a vor der Angabe "62 bis 65" die Angabe "57, 59, 60," eingefügt.

Berlin, den 15. Mai 2002

Dr. Evelyn Kenzler
Dr. Heinrich Fink
Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Heidemarie Lüth
Petra Pau
Roland Claus und Fraktion

Begründung

In Artikel 1 des Entwurfs des NS-AufhGÄndG wird die Anlage zu § 2 Nr. 3 des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege vom 25. August 1998 durch verschiedene Paragraphen des in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft geltenden Militärstrafgesetzbuches ergänzt. Urteile nach diesen Paragraphen werden aufgehoben. Es fehlen die §§ 57, 59 und 60 über den Kriegsverrat. Die Aufnahme dieser Paragraphen in die Liste und damit die Aufhebung der nach diesen Paragraphen ergangenen Todesurteile der nationalsozialistischen Militärjustiz ist geboten, weil "Kriegsverrat" ebenso wie die Taten nach anderen der in die Liste aufgenommenen Paragraphen in dem vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldeten Angriffs- und Vernichtungskrieg weder kriminell noch unehrenhaft war.

